Haushalts- und Finanzausschuß
8. Sitzung

23.01.1986
rp-er

Finanzminister Dr. Posser führt aus, die Angaben über den Haushaltsvollzug 1985 müsse er, was die Ausgabenseite angehe, mit einem Vorbehalt versehen, weil der sogenannte Auslaufzeitraum bis zum 31. März 1986 gehe. Man habe zwar früher gesagt, daß sich die Zahlen von Mitte Januar - und seine Zahlen für die Ausgaben seien vom 16. Januar - nicht mehr wesentlich änderten. In den letzten Jahren habe man aber deutliche Veränderungen erlebt. So hätten sich im letzten Jahr noch zusätzliche Ausgaben von fast 300 Millionen DM ergeben.

Die Ausgaben des Landes - ohne Schuldentilgungen - hätten im Rechnungsjahr 1985 - Stand 16. Januar 1986 - 56 103 000 000 DM betragen. Sie lägen damit um 2 093 000 000 DM = 3,9 % über dem Jahresergebnis 1984 und leicht unter der Vorgabe von + 4,2 %, gerechnet vom Ist 1984.

Die Einnahmen des Landes - ohne Kreditaufnahmen - beliefen sich auf 48 946 000 000 DM. Sie überstiegen das Vorjahresergebnis um 1 737 000 000 DM = 3,7 %. Die Vorgabe - Ist 1984 zu Soll 1985 - sei + 4,3 % gewesen. Man liege also bei den Einnahmen deutlicher unter der Vorgabe als bei den Ausgaben.

Das Finanzierungsdefizit betrage demnach 7 157 000 000 DM. Es könne sich während des Auslaufzeitraums noch erhöhen. Die Haushaltsabteilung des Ministeriums rechne mit einem Finanzierungsdefizit von 7,3 Milliarden DM, was der im Haushalt 1985 vorgesehenen Nettokreditermächtigung entspreche.

Was durch die am 12. November 1985 erlassene haushaltswirtschaftliche Sperre eingespart worden sei, könne noch nicht genau gesagt werden. Die Haushaltsabteilung schätze, daß es mindestens 300 Millionen DM seien.

Die Ausgaben für Investitionen hätten 8 890 000 000 DM betragen. Davon abzuziehen seien die Einnahmen für Investitionen in Höhe von 2 038 000 000 DM, so daß sich die Nettoinvestitionen auf 6 852 000 000 DM beliefen. Damit sei die Verfassungsgrenze des Art. 83 LV nach der vorläufigen Übersicht um 305 Millionen DM überschritten worden.

An Steuern seien im Jahre 1985 485,3 Millionen DM weniger eingenommen worden, als der bereits reduzierte Steueransatz vorgesehen habe. Bei den Gemeinschaftssteuern sei insgesamt ein Rückgang um 713 Millionen DM gegenüber dem Haushaltsansatz zu verzeichnen. Bei der Umsatzsteuer betrage das Minus gegenüber dem Ansatz 605 Millionen DM, bei der Einfuhrumsatzsteuer 150 Millionen DM, bei der veranlagten Einkommensteuer 323 Millionen DM. Bei der Lohnsteuer habe man gegenüber dem Ansatz ein Plus von 236 Millionen DM. - Dagegen habe man bei den Landessteuern insgesamt gegenüber dem Haushaltsansatz ein Plus von 228 Millionen DM.

Haushalts- und Finanzausschuß
8. Sitzung

23.01.1986
rp-er

Der Vorsitzende regt an, in die künftigen Informationen über die Steuereinnahmen des Landes eine zusätzliche Spalte aufzunehmen, aus der die Abweichungen des jeweiligen Ist-Ergebnisses vom Ansatz hervorgehe. - Finanzminister Dr. Posser sagt dies zu.

Abg. Schauerte (CDU) meint, wenn die Steigerung der Ausgaben 3,9 % und die Steigerung der Einnahmen 3,7 % betrage und die Vorgabe eine Steigerung der Ausgaben um 4,2 % und eine Steigerung der Einnahmen um 4,3 % gewesen sei, die Ausgaben also nur um 0,3 % hinter der Vorgabe zurückgeblieben seien, die Einnahmen aber um 0,6 %, müsse das Finanzierungsdefizit und damit die Nettoneuverschuldung höher als im Haushaltsplan vorgesehen ausfallen. - Auf die Bemerkung des Ministerialdirigenten Kaiser (Finanzministerium), man müsse berücksichtigen, daß 100 % verschiedene Größen seien - 100 % bei den Ausgaben seien viel mehr als 100 % bei den Einnahmen -, erwidert Abg. Schauerte (CDU), diese Erklärung helfe nicht weiter. Im Gegenteil: Wenn man bei 56,1 Milliarden DM Ausgaben 3,9 % Mehrausgaben habe und bei 48,9 Milliarden DM Einnahmen nur 3,7 % Mehreinnahmen, gehe die Schere noch weiter auseinander. Mit den angegebenen prozentualen Veränderungen komme man jedenfalls nicht auf das durch Subtraktion der Einnahmen von den Ausgaben ermittelte Finanzierungsdefizit von 7 157 000 000 DM. Irgend etwas müsse da falsch sein. - Ministerialdirigent Kaiser betont, daß die mitgeteilten Zahlen stimmten.

Auf die Frage des Abg. Bensmann (CDU), ob das jetzt vorliegende Jahresergebnis 1985 zu Korrekturen des Haushaltsplans 1986 führen werde, antwortet Finanzminister Dr. Posser, er habe schon bei der Einbringung des Haushalts gesagt, daß nach Vorliegen der Ist-Zahlen des Jahres 1985 eine Überprüfung der Steueransätze für das Jahr 1986 vorgenommen werde. Darüber habe das Kabinett bereits beschlossen und dem Landtag eine Ergänzungsvorlage zugeleitet, die Änderungen bei den einzelnen Steuerarten vorsehe.

Auf die Frage des Abg. Riscop (CDU), worauf es zurückzuführen sei, daß von den Gemeinschaftssteuern nur die Umsatzsteuer hinter dem Ergebnis des Jahres 1984 zurückgeblieben sei, antwortet Finanzminister Dr. Posser, dafür gebe es verschiedene Gründe. Ein Grund sei, daß der Exportanteil in Nordrhein-Westfalen über dem Bundesdurchschnitt liege, ein zweiter Grund sei die niedrige Preissteigerungsrate.

Haushalts- und Finanzausschuß
8. Sitzung

23.01.1986
rp-er

Zu 3: Haushaltsgesetz 1986

hier: Einzelplan 12: Finanzminister

Der Vorsitzende weist einleitend auf die schriftlichen Ausführungen zur Einführung in den Einzelplan 12 in den Vorlagen 10/201 und 10/202 sowie auf die Vorlage 10/155 hin, mit der der Finanzminister zur Arbeits- und Personallage der Steuerverwaltung und der Finanzbauverwaltung Stellung genommen habe, und schlägt vor, entsprechend der bisherigen Übung die Stellenpläne und Personaltitel in der heutigen ersten Beratungsrunde auszuklammern und sie erst nach ihrer Behandlung in der Kommission des Ausschusses in der Sitzung am 27. Februar 1986 aufzurufen.

Der Ausschuß stimmt diesem Vorschlag zu und geht den Einzelplan 12 mit Ausnahme der Stellenpläne und der Personaltitel kapitelweise durch. Wortmeldungen ergeben sich dabei zu folgenden Punkten.

Zu den Personalausgaben allgemein fragt Abg. Schauerte (CDU), mit welcher prozentualen Steigerung das Finanzministerium aufgrund der diesjährigen Tarifrunde rechne. - Finanzminister Dr. Posser bittet um Verständnis dafür, daß er während laufender Tarifverhandlungen keine Zahl nennen könne.

Auf den Hinweis des Abg. Bensmann (CDU), daß in Kap. 12 090 der Ansatz für die Bezüge der Angestellten bei unveränderter Stellenzahl um 13,9 % erhöht worden sei und in anderen Kapiteln die Erhöhung 5 % oder 7 % betrage, antwortet Ministerialdirigent Riotte (Finanzministerium), die hohe Steigerung bei dem Titel im Kap. 12 090 beruhe zum Teil darauf, daß zehn Stellen für Auszubildende aus dem Tit. 426 10 nach hier übernommen worden seien, zum Teil darauf, daß diese Auszubildenden, die im Laufe des Jahres 1985 eingestellt worden seien, jetzt für ein ganzes Jahr bezahlt werden müßten - das mache zusammen etwa 80 000 DM aus -, zu einem weiteren Teil darauf, daß im Jahre 1985 zwei Stellen nicht besetzt gewesen seien, die, wenn sie in Anspruch genommen würden, weitere 80 000 DM erforderten. Grundsätzlich würden die Personalausgaben auf der Grundlage der Ist-Ausgaben des Vorjahres der Haushaltsaufstellung veranschlagt, wobei Höhergruppierungen, Dienstalterszulagen usw. berücksichtigt würden.

Finanzminister Dr. Posser bemerkt, bei einem jüngeren Personal-körper - etwa bei den Lehrern - mache allein das Aufsteigen in den Dienstaltersstufen eine Ansatzsteigerung von 1 % aus. Sodann spiele bei der Ansatzbemessung eine Rolle, wie viele

Haushalts- und Finanzausschuß
8. Sitzung

23.01.1986
rp-er

kw-Vermerke voraussichtlich erfüllt würden. - Der Minister bemerkt in diesem Zusammenhang weiter, große Sorge bereite das stetige Anwachsen der Versorgungslasten. Der Anteil dieser Lasten nehme von Jahr zu Jahr zu, was bei der höher werdenden Lebenserwartung verständlich sei.

Zu Kap. 12 020 Tit. 685 10 - Zuschüsse für Maßnahmen der technischen Zusammenarbeit im Inland - erklärt Abg. Dorn (F.D.P.), er sehe die Berechtigung des Zuschusses von 100 000 DM an die Gesellschaft für technische Zusammenarbeit (GTZ) zur Entwicklung von Verwaltungstechniken in der Finanzverwaltung des brasilianischen Bundesstaates Piaui nicht ein. Die GTZ sei bisher vom Bund finanziert worden. Warum sollten die Länder jetzt zusätzlich solche Finanzierungen übernehmen?

Ministerialdirigent Riotte antwortet, es sei nicht so, daß das Land gar keine Beiträge zur Entwicklungshilfe leiste; diese seien im Einzelplan 02 veranschlagt. Die 100 000 DM im Kap. 12 020 seien hier veranschlagt, weil es sich um eine Personalausgabe handele, die der Finanzierung von Finanzbeamten diene, die zur Entwicklungshilfe nach Brasilien gingen. Richtig sei, daß es bisher nicht üblich gewesen sei, Länderfinanzierungen zur GTZ vorzunehmen. Im Rahmen des GTZ-Projekts "Steuerverwaltung in Brasilien" seien Beamte der Zollverwaltung und der Finanzverwaltungen verschiedener Bundesländer in Brasilien tätig. Die erfolgreiche Arbeit der nordrhein-westfälischen Finanzbeamten habe die Brasilianer zu der Bitte veranlaßt, ihre Arbeit auf den Bundesstaat Piaui auszudehnen. Der Ansatz beim Tit. 685 10 diene eigentlich nur dazu, der nordrhein-westfälischen Finanzverwaltung etwas mehr Einfluß bei der Realisierung des Entwicklungshilfeprojektes in Brasilien zu sichern. - Im übrigen beschränke sich die Verbindung mit der brasilianischen Steuerverwaltung nicht auf diesen Bereich. Jedes Jahr komme eine Reihe von brasilianischen Steuerbeamten nach Nordrhein-Westfalen, die beispielsweise an Betriebsprüfungen teilnahmen und in Haan untergebracht würden.

Abg. Dorn (F.D.P.) äußert, er habe eine Vielzahl von Positionen gefunden, bei denen der Anteil des Landes an überregionalen Finanzierungen im Vergleich zu anderen Bundesländern weit überhöht sei. Andererseits beschwere sich das Land zu Recht, daß es beim Länderfinanzausgleich zu kurz komme. Er sehe nicht ein, daß das Land jetzt freiwillig Mittel für eine Aufgabe gebe, die von der GTZ zu erfüllen sei. Auch im Einzelplan 02 gebe es eine Reihe von Finanzierungen, die nicht Aufgabe des Landes sein könnten.

Haushalts- und Finanzausschuß
8. Sitzung

23.01.1986
rp-er

Abg. Schauerte (CDU) schließt sich der Kritik des Abg. Dorn an und fragt, was das Engagement in Brasilien dem Land in der Vergangenheit schon gekostet habe.

Ministerialdirigent Riotte antwortet, die Bediensteten würden voll von der GTZ bezahlt. Die 100 000 DM seien jetzt eingesetzt worden, weil man die Sorge habe, daß ohne dieses Engagement des Landes das erfolgreiche Projekt Recife in eineinhalb oder zwei Jahren sein Ende finde, weil die GTZ unter Umständen andere Prioritäten sehe. Alles, was geschehe, wenn der Ansatz entfalle, sei, daß ein Oberregierungsrat, der seit vier Jahren im Brasilien sei, wieder zurückkomme.

Zu Kap. 12 050 Tit. 517 10 - Bewirtschaftung der Grundstücke, Gebäude und Räume - bemerkt Abg. Dorn (F.D.P.), ihm sei aufgefallen, daß die prozentualen Erhöhungen bei den Tit. 517 10 in den verschiedenen Einzelplänen sehr unterschiedlich seien. Außerdem falle bei diesem Titel im Einzelplan 10 infolge der Umorganisation der Landesregierung eine Fülle von neuen Kosten an, ohne daß die Bewirtschaftungskosten derjenigen Ressorts, die Aufgaben an das Umweltministerium abgegeben hätten, entsprechend reduziert würden. Der Verdacht liege nahe, daß man sich hier ein Polster verschaffen wolle.

Ministerialdirigent Kaiser erwidert, die unterschiedlichen Steigerungsraten bei den Tit. 517 10 seien auf die örtlich unterschiedlichen Verhältnisse, zum Beispiel auf unterschiedliche Preise, zurückzuführen. - Die Zuständigkeitsverlagerungen innerhalb der Landesregierung wirkten sich deshalb nicht sofort bei den Bewirtschaftungskosten aus, weil bei der Herausnahme einer Abteilung aus einem Ministerium die Räume in den landeseigenen Gebäuden erhalten blieben und wenigstens schwach beheizt werden müßten, so daß sich keine großen Ersparnisse ergäben. - Abg. Dorn (F.D.P.) ist von der letzten Antwort nicht befriedigt und will die Frage, warum sich die Bewirtschaftungskosten der Ministerien so enorm erhöhten, in einem internen Gespräch zu klären versuchen.

Auf die Frage des Abg. Riscop (CDU) zu Kap. 12 050 Tit. 518 10 - Mieten und Pachten -, ob für die Unterbringung von Finanzämtern landeseigene Gebäude oder Anmietungen bevorzugt würden, antwortet Finanzminister Dr. Posser, in vielen Fällen sei eine Anmietung wirtschaftlicher als ein Neubau. Anders sei es bei Anbauten. Wenn zum Beispiel das Grundstück ohnehin schon dem Land gehöre, sei ein Anbau oft wirtschaftlicher als eine Anmietung.